

Im Mittelpunkt der Aktivitäten feindlicher Kräfte standen die Verfassung und Vorbereitung solcher Pamphlete und damit verbundene Machenschaften, wie

- der "Appell zum UNO-Jahr des Friedens",
- das "Dokument III" einer sogenannten Sprechergruppe der Initiative "Frieden und Menschenrechte",
- die "Eingabe" an den XI. Parteitag und eine darauf bezogene "Beschwerde" wegen des Ausbleibens einer Reaktion,
- die "Stellungnahme von Angehörigen der eigenständigen Friedensbewegung der DDR zum Angriff der US-amerikanischen Streitkräfte auf libysche Städte",
- die "Eingabe" an die Zentrale Wahlkommission,
- die Unterschriftensammlungen einer "Aktionsgruppe Volkentscheid" zu einer "Willenserklärung" gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie in der DDR,
- die ungenehmigte Herstellung und Weiterverbreitung einer Untergrundzeitschrift mit dem Titel "Grenzfall",
- das provokatorische Schreiben an zentrale Staatsorgane anlässlich des 25. Jahrestages der Grenzsicherungsmaßnahmen,
- der "Offene Brief von DDR-Friedenskreisen zu Reisebeschränkungen für DDR-Bürger", gerichtet an die Volkskammer,
- die Organisierung eines sogenannten Menschenrechtsseminars in kirchlichen Räumen in der Hauptstadt der DDR,
- die Abfassung von Stellungnahmen zu einem "Memorandum für die Feindorganisation "Europäisches Netzwerk für den Ost-West-Dialog".

Einzuordnen in diese Bestrebungen und Zielsetzungen waren auch die im Berichtszeitraum erfolgten spektakulären Aktionen von Mitgliedern der internationalen Umweltschutzorganisation "Greenpeace" und einer "Organisation für Information gegen Atomkraft" aus Dänemark in Großstädten der DDR, die gegen die Versalzung der Werra durch Kalibergbaubetriebe der DDR bzw. den Betrieb des Kernkraftwerkes in Greifswald gerichtet waren.